



>>> SEGEBERG UND STORMARN

Bericht aus Berlin

06/2016

AKTUELLES DER WOCHE

Berlin, 24. Juni 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der vergangenen Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus beschlossen. Damit wurden rechtliche Grundlagen dafür geschaffen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsame Dateien mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten einrichten und im Folgenden betreiben kann. Auf diese Weise sollen künftig Reisebewegungen von gewaltbereiten Terroristen frühzeitig erkannt werden. Zusätzlich wird der Bundespolizei die Möglichkeit geboten, verdeckte Ermittler zur Gefahrenabwehr einzusetzen. Schließlich wird das Gesetz die Erbringer der Telekommunikationsdienste verpflichten, die Identität von Prepaidkunden auf selbstverständlich rechtssichere und datenschutzangemessene Weise im Vorfeld zu überprüfen.

Gleichzeitig kann ich Ihnen berichten, dass die Beschäftigtenzahl in diesem Jahr zum elften Mal in Folge gestiegen ist. Das folgt aus der hohen Binnennachfrage. Vor allem unternehmensbezogene Dienstleister schaffen 130.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Weitere Branchen verzeichnen ebenfalls eine Steigerung ihrer Beschäftigtenzahlen. Ohne den derzeitigen Fachkräftemangel würde der Personalaufbau noch stärker ausfallen.

Ihr

Gero Storjohann

IMPRESSUM

Verantwortlich i.S.d.P.
für diese Seite:
Gero Storjohann **MdB**
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227- 77762
Fax (030) 227- 76762
gero.storjohann@bundestag.de
Internet: www.gero-storjohann.de

Wirtschaftssanktionen gegen Russland verlängert

Der Einsatz von Bundeswehrsoldaten innerhalb eines NATO-Manövers in Polen war bisher gemeinsame Position in der Regierung. Dies muss auch in Zukunft so bleiben. Schließlich steht fest, dass Russland die Krim völkerrechtswidrig annektiert und den Osten der Ukraine systematisch destabilisiert hat. Zudem hält Russland sich nicht an das Minsker Abkommen. Die Bundesregierung hingegen arbeitet intensiv an der Umsetzung dieses Abkommens. Die zu erwartenden politischen Fortschritte der anderen Seite bleiben allerdings aus, sodass die EU-Mitgliedstaaten zurecht am Dienstag die Aufrechterhaltung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland für weitere sechs Monate beschlossen haben.

25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag

Die Koalitionsfraktionen haben nach längerer Diskussion nun einen guten Antrag erarbeitet, mit dem die bestehenden deutsch-polnischen Beziehungen gewürdigt und weiter ausgebaut werden sollen.

Besondere Berücksichtigung hat in diesem Antrag die Charta der deutschen Heimatvertriebenen gefunden, in der im Jahr 1950 viele deutsche Heimatvertriebene auf Gewalt und Vergeltung verzichteten. Schon damals vertrauten die Menschen auf eine europäische Zukunft und gingen große Schritte auf den Nachbarn zu.

Ebenso wird in diesem Antrag die Bedeutung der Kirchen bei der Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen hervorgehoben.

Das Gesetzespaket zur „Fracking-Technologie“

Die Koalition konnte sich hinsichtlich aller offenen Punkte bei den Verhandlungen zu dem Rechtsrahmen für die Nutzung der Fracking-Technologie in Deutschland nun einigen. Der Weg für einen neuen, sehr strengen Rechtsrahmen ist daher bereitet. Unkonventionelles Fracking wird nunmehr deutschlandweit unbefristet verboten. Zulässig sind maximal vier wissenschaftlich begleitete Erprobungsmaßnahmen, die unter strengsten Umweltauflagen erfolgen und von den Bundesländern im Einzelfall genehmigt werden müssen. Bei dem konventionellen, bereits seit vielen Jahrzehnten angewandten, Fracking wird der Rechtsrahmen darüber hinaus zusätzlich verschärft. Danach ist Fracking in einer Vielzahl von Gebieten zukünftig ausgeschlossen.

Im Einzelnen ist vor allem darauf hinzuweisen, dass für jede Form von Fracking künftig eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu erfolgen hat. Zusätzlich wird eine umfassende Bürgerbeteiligung verpflichtend eingeführt und die Wasserbehörden sollen ein Vetorecht bei jeglichen Genehmigungen haben. Durch die Änderung des Bergschadensrechts mit der Verlagerung der Haftung auf den Unternehmer liegt eine weitere Verschärfung vor. Schließlich wird zwischen Fracking und Erdgas- oder Erdölförderung künftig nicht mehr unterschieden. Es gelten somit die gleichen strengen Anforderungen für beide Verfahren.

Durch das Vetorecht der Wasserbehörden sowie durch die Genehmigungspflicht jedes einzelnen Vorhabens durch das Bundesland ist die Anwendung der Fracking-Technologie in Schleswig-Holstein nahezu ausgeschlossen.

Steuerliche Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr

Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität schaffen wir steuerliche Verbesserungen in dem Bereich der Einkommens- und Kraftfahrzeugsteuer. Künftig soll das elektrische Aufladen eines privaten Elektro- oder Hybridfahrzeugs des Arbeitnehmers im Betrieb sowie die vom Arbeitgeber genehmigte private Nutzung betrieblicher Ladevorrichtungen von der Steuer befreit werden. Zugleich soll der Arbeitgeber dies pauschal mit 25 % Lohnsteuer versteuern können. Die bisher geltende Steuerbefreiung verlängern wir rückwirkend zum Beginn des Jahres 2016 von den ursprünglichen fünf auf nun zehn Jahre. Gleichzeitig soll die Befreiung auch auf genehmigte Umrüstungen zu reinen Elektrofahrzeugen

Staatsanleihenkauf durch die EZB ist verfassungskonform

Das Bundesverfassungsgericht hat am Dienstag beschlossen, dass das OMT-Programm (Outright Monetary Transactions-Programm) der Europäischen Zentralbank kein verfassungsrechtlich relevantes Risiko für das Budgetrecht des Deutschen Bundestages darstellt.

Das Gesetz zur Erbschafts- und Schenkungssteuer

Das Gesetz zur Erbschafts- und Schenkungssteuer ist den Vorgaben des BVerfG vom 17. Dezember 2014 geschuldet. Denn die Umsetzungsfrist endete am 30. Juni 2016. Das jetzt beschlossene Gesetz zielt auf eine verfassungskonforme Erhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer ab.

TERMINAUSWAHL

27.06.	10:00	Konferenz in Wien zu parlamentarischen Beteiligungsmodellen
28.06.	10:30	Sondersitzung des Deutschen Bundestages
29.06.	19:30	Wahlkreismitgliederversammlung Bundestagswahlkreis 003, Wilster
30.06.	10:00	TIB Tischlerei Bartholl GmbH & Co. KG mit Axel Bernstein MdL, Bad Segeberg
01.07.	18:00	3. Bouletreff der CDU Seth, Seth
02.07.	15:00	Familienfest der CDU Tangstedt, Hof Harder in Tangstedt
	17:00	Grußwort auf dem Landtag der Schüler Union Schleswig-Holstein, Bad Segeberg
04.07.- 08.07.		Sitzungswoche des Deutschen Bundestages